Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Energie
Sektion Recht
3003 Bern

25. September 2007

Stromversorgungsverordnung und Revision der Energieverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns mit Schreiben vom 27. Juni 2007 eingeräumte Möglichkeit, zum Entwurf einer Stromversorgungsverordnung (StromVV) und der Revision der Energieverordnung (EnV) Stellung nehmen zu können. Beide Verordnungen regeln primär technische und organisatorische Aspekte der Umsetzung, zu der sich die direkt betroffene Branche zu äussern hat. Wir beschränken uns im Wesentlichen auf die für die Kantone definierten Vollzugsaufgaben.

A. Stromversorgungsverordnung (StromVV)

5. Kapitel: Schlussbestimmungen

Artikel 24:

Zum Vollzug der ihnen zugewiesenen Aufgaben sind die Kantone darauf angewiesen, über alle relevanten Entscheide des Bundesrates, des UVEK, des Bundesamtes für Energie, der EICom, der Swissgrid sowie des Bilanzgruppenverantwortlichen für erneuerbare Energien orientiert zu werden. Deshalb sollen die Kantone generell, insbesondere jedoch bei allen relevanten jährlichen Berichten dieser Organe, jeweils informiert werden. Beispielsweise haben die Netzbetreiber nach Art. 8 Abs. 3 StromVG die EICom über den Betrieb und die Belastung der Netze zu informieren, nach Art. 11 StromVG haben sie zuhanden der EICom Jahresrechnungen zu erstellen oder die EICom erstattet nach Art. 22 Abs. 4 dem Bundesrat jährlich Bericht. Diese Angaben sind für die Kantone zum Vollzug der ihnen übertragenen Aufgaben von Bedeutung. Artikel 24 StromVV ist deshalb entsprechend zu ergänzen.

Antrag:

Art. 24 StromVV ist mit neuem Absatz 6 wie folgt zu ergänzen:

Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Stellen, insbesondere die ElCom, die Swissgrid sowie der Bilanzgruppenverantwortliche für erneuerbare Energien informieren die Kantone über alle für sie relevanten Verfahren und Entscheide und stellen ihnen die dazu notwendigen Berichte zu.

Artikel 24 Abs. 1:

Nach Art. 30 Abs. 1 StromVG haben die Kantone die Artikel 5, Abs. 1 – 4, und Art. 14, Abs. 4, erster Satz, zu vollziehen. Dabei geht es um die Bereiche, mit denen die Grundversorgung gewährleistet werden soll:

- die Bezeichnung der Netzgebiete;
- die Überwachung der Anschlussgarantie;
- die Verfügung des Anschlusses von Endverbrauchern ausserhalb des Netzgebietes;
- den Erlass von Bestimmungen betreffend Anschlüssen ausserhalb der Bauzonen;
- die Angleichung unverhältnismässiger Unterschiede bei Netztarifen.

Art. 24 Abs. 1 sieht nun vor, dass die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) die für den Vollzug des StromVG und der StromVV notwendigen Mustererlasse erarbeitet. Diese Bestimmung erachten wir für nicht notwendig bzw. nur im Hinblick auf das Ziel einer kantonalen Harmonisierung als gerechtfertigt. Es ist gemäss Art. 30 Abs. 1 StromVG und den dort erwähnten weiteren Bestimmungen nämlich alleinige Sache der Kantone zu bestimmen, ob und gegebenenfalls durch wen kantonale Mustererlasse erarbeitet werden.

Antrag:

Art. 24 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

... Mustererlasse. **Die fachliche Ausgestaltung ist Sache der Kantone.**

2. Abschnitt: Übergangsbestimmungen

Art. 26: Anpassung bestehender Vertragsverhältnisse

Art. 14 Abs. 5 StromVG enthält die Klarstellung, dass die im Zusammenhang mit geltenden Wasserrechtsverleihungen vereinbarten Leistungen durch die Bestimmungen über das Netznutzungsentgelt nicht berührt werden. Als Gesetzesbestimmung geht diese Klarstellung dem Art. 26 StromVV vor, was auch im erläuternden Bericht festgehalten wird. Da sich Art. 14 Abs. 5 StromVG aber nur auf das Netznutzungsentgelt bezieht und Art. 26 StromVV diesbezüglich weiter geht, ist auch in der StromVV eine entsprechende Klarstellung erforderlich.

Antrag:

Art. 24 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

...Gültigkeit. **Davon ausgenommen sind Leistungen, welche im Zusammenhang mit Wasserrechtsverleihungen vereinbart worden sind.**

B. Revision der Energieverordnung (EnV)

Artikel 1d: Herkunftsnachweis

Der unter Abs. 6 aufgeführte Hinweis auf Artikel 1b ist falsch, da dieser aufgehoben ist.

2a Kapitel: Anschlussbedingungen für Elektrizität aus erneuerbaren Energien nach Artikel 7a des Gesetzes

Artikel 3k: Berichterstattung

Zum Vollzug der ihnen zugewiesenen Aufgaben sind die Kantone darauf angewiesen, über alle relevanten Entscheide der nationalen Netzgesellschaft orientiert zu werden. Deshalb ist Artikel 3*k* entsprechend zu ergänzen.

Antrag:

Ergänzung von Art. 3*k* mit folgendem Wortlaut:

Die nationale Netzgesellschaft hat dem Bundesamt **und den Kantonen** vierteljährlich Bericht zu erstatten über:

- a. die Daten nach Artikel 3*j*;
- b. die Verwaltung des Fonds nach Artikel 3*i*.

3a Kapitel: Gebäudebereich

Artikel 11*a*:

Für Massnahmen im Gebäudebereich sind gemäss Verfassung vor allem die Kantone zuständig (Art. 89 Abs. 4 BV).

Die seit Ende der Neunzigerjahre entwickelte Praxis der Kantone sieht vor, dass die EnDK (Konferenz der kantonalen Energiedirektoren) und die EnFK (Konferenz der kantonalen Energiefachstellen) in Wahrnehmung ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenz sowie gestützt auf ihre reichhaltige Vollzugserfahrung harmonisierte Vorschriften, harmonisierte Fördermodelle, gemeinsame Aktionen etc. erarbeiten, die danach in den Kantonen umgesetzt werden. Diese "Bottom-up-Methode" hat sich bewährt, weil sie auf der Akzeptanz und der Vollzugserfahrung der Kantone gründet und praxistauglich ist. Aus unserer Sicht besteht – im Bewusstsein der Anliegen des Bundes (Umsetzung von harmonisierten Bestimmungen) – keinerlei Anlass, von diesem bewährten Mechanismus mittels eidgenössischer Bestimmung abzuweichen. Es ist alleinige Sache der Kantone zu bestimmen, ob und gegebenenfalls durch wen kantonale Mustererlasse erarbeitet werden.

Antrag:

Art. 11*a* ist wie folgt zu ergänzen:

... Anforderungen. **Die fachliche Ausgestaltung ist Sache der Kantone.**

Anhang 1.1 der EnV ("*Anschlussbedingungen für Kleinkraftwerke*"):

Das Parlament hat im Frühling 2007 im Rahmen des Stromversorgungsgesetzes auch das Energiegesetz (EnG) geändert. Erneuerbare Energien sollen gefördert werden, wofür in Zukunft jährlich rund 320 Mio Franken zur Verfügung stehen werden (Art. 7a im geänderten EnG).

Zu den geförderten erneuerbaren Energien gehören auch Wasserkraftwerke bis 10 MW (Kleinkraftwerke). Sie dürfen pro Jahr bis 130 Mio Franken Einspeisevergütung abholen. Die Unterstützung wird sich somit gegenüber heute (Entschädigung von 15 Rp./kWh) verstärken. Die Erwartungen an die Mehrproduktion bei den Kleinkraftwerken sind gross: 1'100 GWh zusätzliche Produktion bis 2030 (Vergleich: Das Total aller Laufkraftwerke zusammen liegt bei rund 17'000 GWh). Die Behörden dürften deshalb in Zukunft mit deutlich mehr Bewilligungsgesuchen für Kleinkraftwerke konfrontiert werden.

Wir sind deshalb der Meinung, dass im Rahmen der Voranmeldung wichtige gewässerökologische Angaben vorzulegen sind. Die damit erzielte Transparenz gestattet den involvierten Wasserbau- und Fischereibehörden eine sachgerechte Beurteilung und Einsprachen können möglicherweise verhindert werden.

Antrag:

Ziffer 5.1 ist mit Buchstabe *k* mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

Geplante Einhaltung der Umweltauflagen betreffend freie Fischwanderung, Schutz der Fische oder Turbinenschäden, Geschiebedurchgang beim Kraftwerk und Dotierwassermenge (bei Ausleitungsstrecken)

C. Ergänzende Anträge

C1: Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes (StromVG)

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist vorgesehen, das StromVG per 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Diejenigen Bestimmungen des StromVG, die für die Gewährleistung der technisch-wirtschaftlichen Strommarktöffnung zentral sind, werden auf den 1. Oktober 2008 in Kraft gesetzt. Die gemäss Art. 30 Abs. 1 StromVG den Kantonen zum Vollzug übertragenen Aufgaben gelangen erst im Zusammenhang mit der Strommarktöffnung zum Tragen. Damit ist aus sachlichen Gründen eine Inkraftsetzung der für die Kantone wesentlichen Bestimmungen des StromVG ebenfalls per 1. Oktober 2008 angezeigt.

Antrag:

Art. 30 Abs. 1 StromVG ist per 1. Oktober 2008 bzw. gemeinsam mit den für die technisch-wirtschaftliche Strommarktöffnung zentralen Bestimmungen des StromVG in Kraft zu setzen.

C2: Umsetzung von Massnahmen bei Gefährdung der Versorgung fehlen

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist eine fundamentale Aufgabe, die geregelt sein muss. In diesem Zusammenhang fehlen uns klare Regeln in Bezug auf frequenzabhängige Netzabschaltungen (sogenannter „Lastabwurf“). Damit hier keine Unsicherheiten entstehen, die Folgeschäden von enormem volkswirtschaftlichem Ausmass nach sich ziehen (siehe SBB-Blackout, Blackout in Italien, Blackout in grossen Teilen Europas vom November 2006), sind unseres Erachtens – gemeinsam mit der Elektrizitätsbranche – gesetzliche Regelungen in Bezug auf die Netzabschaltungen in Krisensituationen vorzusehen. Diesbezüglich dürfen keine Unsicherheiten bestehen bleiben, sondern es müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die der Elektrizitätsbranche einen klaren und verlässlichen Rahmen in Bezug auf frequenzabhängige Netzabschaltungen geben.

Im Sinne einer Gesamtwürdigung stimmen wir, unter Berücksichtigung unserer Änderungsanträge, beiden Verordnungen zu. Wir erwarten aber, dass die eingebrachten Anliegen in der Weiterbearbeitung der beiden Vorlagen berücksichtigt werden. Ergänzend erwarten wir auch, dass Eingaben der solothurnischen Elektrizitätswirtschaft bzw. deren Branchenvertretung, in die Überarbeitung der Vorlagen einfließen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Peter Gomm
Landammann

sig. Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber